"DER COURIER"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada $2.50
to foreign countries $3.50
If paid in advance:—
Canada $2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold == Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada $2.00
für Ausland $3.50

25. Jahrgang. 14 Seiten Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 23. Dezember 1931 14 Seiten Nr. 7

Canadisches Parlament beginnt 4. Februar

Premier Bennett gibt Eröffnungsdatum offiziell bekannt

Die Session soll nicht besonders lange dauern, sondern etwa in der dritten Maiwoche zu Ende gehen.

Einige Zolltarifänderungen in Aussicht. — Fragen der britischen Reichswirtschaftskonferenz und der canadischen Eisenbahnen werden als bedeutsam angesehen.

Ottawa. — Das canadische Parlament wird am Donnerstag, den 4. Februar, zu seiner neuen Session zusammentreten, wie der Premier R. B. Bennett kürzlich offiziell bekannt machte.

Amtliche Verlautbarungen hinsichtlich der zu erwartenden Gesetzgebungsarbeit liegen bis jetzt nicht vor, doch wird angenommen, daß keine besonders wichtigen Gesetze zu erledigen sein werden. In politischen Kreisen nimmt man an, daß infolgedessen die Parlamentssession sich nicht über die dritte Maiwoche hinaus erstrecken wird.

Das Datum für die Abhaltung der britischen Reichswirtschaftskonferenz wird während der Tagung wahrscheinlich eine Rolle spielen und ihre Dauer beeinflussen. Die bis jetzt vorliegenden Meldungen lassen erkennen, daß möglicherweise die britische Reichswirtschaftskonferenz im Juni oder Juli in Ottawa abgehalten werden wird. Die endgültige Entscheidung ist jedoch noch zu treffen und hängt von den Regierungen der verschiedenen Länder innerhalb des britischen Reiches ab. In Ottawa ist man der Auffassung, daß es in den allgemeinen Plan passen würde, wenn die Konferenz ein Monat nach der Vertagung des canadischen Parlamentes beginnen würde.

Nur wenige Zolltarifänderungen sind für die neue Session vorgesehen. Die Handelsverträge mit Südafrika, Brasilien und Neuseeland werden dem Parlament zur Genehmigung vorliegen. Im Zusammenhang damit diente auch die Kündigung des Handelsvertrages mit Frankreich, die in den letzten Tagen erfolgt ist, eine gewisse Rolle spielen. Das Hauptgewicht wird in den Debatten wohl auf gegenseitige Handelsabkommen zwischen den verschiedenen Teilen des britischen Reiches gelegt werden.

Im Bereiche der Möglichkeit liegt es ferner, daß das canadische Eisenbahnproblem, das gegenwärtig infolge der vorgenommenen Untersuchungen in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten ist, auch das Parlament beschäftigen wird. Ob eine dementsprechende Gesetzesvorlage eingereicht werden wird, hängt noch von den Ergebnissen der Untersuchungskommission ab. Doch wäre es denkbar, daß eine Arbeitsgemeinschaft oder sogar eine Verschmelzung der Canadischen Nationalbahn mit der Canadischen Pacifikbahn ins Auge gefaßt wird.

Selbstverständlich wird auch die Frage der Arbeitslosigkeit, die unter der Bennett-Regierung noch größeren Umfang angenommen hat, in die Parlamentsdebatten hereingezogen werden. Möglich ist auch, daß weitere Mittel für die Linderung der Erwerbslosennot bewilligt werden. Im übrigen aber sollen die Staatsausgaben weitgehend beschnitten werden.

Eine der Hauptaufgaben der Session wird es sein, Vorbereitungen für die britische Reichswirtschaftskonferenz zu treffen. Wahrscheinlich wird das Kabinett sogar einen Unterausschuß einsetzen, der sich in besonderem Maße damit befassen soll.

Führer des österreichischen Putsches freigesprochen

Sozialdemokraten fürchten für die „Sicherheit der Republik."

Graz, Oesterreich. — Dr. Walter Pirchegger und sieben Führer der österreichischen Heimwehr, die am 13. September die österreichische Regierung zu stürzen versuchten, wurden unter dem Jubel der Zuhörer im Gerichtssaal von der Anklage des Hochverrats freigesprochen.

Sie wurden sofort freigelassen und am Abend fand eine Massenversammlung statt, in der Dr. Pirchegger redete.

Zur Zeit seiner Verhaftung sagte er, daß der Zweck der revolutionären Bewegung der sei, die Regierung von dem beherrschenden Einfluß der Roten im Parlament zu befreien." Er stützte sich auf die Behauptung, daß er die Gesetzmäßigkeit der österreichischen Verfassung nicht anerkenne, als er sich der Anklage wegen Hochverrats nichtschuldig erklärte.

Die Führer der Sozialisten und der Gewerkschaften zeigten sich über den einstimmigen Freispruch der wegen Hochverrats angeklagten Führer der Heimwehr bestürzt und beunruhigt.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei forderte die Arbeiter auf, sich auf ihre Verteidigung vorzubereiten.

„Die Republik ist von denen, die ihre Sicherung übernommen hatten, betrogen und verkauft worden", hieß es in dem Aufruf. „Der Verrat vom 13. September bleibt unbestraft. Wir können uns nicht länger mehr auf die Macht des Staates verlassen und müssen uns selbst verteidigen. Wir wollen keinen Bürgerkrieg und noch in letzter Stunde alles tun, Blutvergießen zu vermeiden.")

Vorbereitung einer Reparationskonferenz

Londoner Regierung verhandelt mit Paris, das hartnäckig bleibt.

London. — Sir Frederick Leith-Ross, der stellvertretende Finanzkontrolleur des britischen Schatzkanzleramts, begab sich in geheimer Mission nach Paris, um, wie man hört, doch der bevorstehenden allgemeinen europäischen Reparationskonferenz die Wege zu ebnen.

In hiesigen politischen Kreisen wurde die Vermutung ausgesprochen, daß die Konferenz bereits für den 15. Januar einberufen werden wird. Der nach Paris entsandte Bevollmächtigte des britischen Schatzkanzleramts hat, heißt es, die Aufgabe übernommen, die europäischen Finanzminister mit den französischen Staatsmännern zu besprechen und die Konferenz vorzubereiten.

Vor einer Abreise schickte die britische Regierung eine auf Deutschlands Schulden bezügliche Note nach Frankreich ab. Ihr Wortlaut wurde nicht bekannt gegeben, aber man nimmt hier als gegeben an, daß darin die bezüglich der deutschen Schuldenabtragung in London herrschende Meinungsverschiedenheit gegenüber dem von Frankreich eingenommenen Standpunkt nochmals nachdrücklich betont worden ist.

Die Franzosen fordern bekanntlich, daß den Reparationszahlungen der Vortritt vor der ganzen sonstigen Schuldentilgung der Deutschen eingeräumt werden soll, während Großbritannien die Forderung vertritt, daß die Deutschen zuvörderst ihre kurzfristigen Privatschulden abtragen sollen.

Im britischen Schatzkanzleramt verlautet darüber nichts, aber dem Vernehmen nach ist man dort der Ansicht, daß jetzt, da die Konferenz des Weltwährungskomitees in Basel ihrem Ende entgegengeht, die Frage der Neuregelung der Reparationszahlungen und Kriegsschuldentilgung schnell spruchreif werden muß. Darum mißt man der Reise des Sir Frederick Leith-Roß nach Paris viel größere Bedeutung bei, als den sonstigen, ziemlich häufigen Reisen der Beamten des britischen Schatzkanzleramts nach der Hauptstadt Frankreichs.

Premier MacDonald, der sich zum Weihnachtsferienaufenthalt nach seinem schottischen Landhause in Lossiemouth begab, hat vorher eine Woche lang tagtäglich Kabinettssitzungen abhalten lassen, in welchen die Umgestaltung der Weltwirtschaftslage einen Hauptgegenstand der Verhandlung abgab, und wird diese Kabinettssitzungen fortsetzen, sobald er — am 12. Januar — nach London zurückgekehrt sein wird.

Arbeitslosenunruhen in Paris.

Paris. — Als eine Baufirma mit dem Abbruch der Bauten der französischen Kolonialausstellung begann, aber keine weiteren Arbeiter benötigte, demonstrierten gegen zweitausend Erwerbslose vor den Toren des Ausstellungsgeländes. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, doch wurde die Ordnung bald wieder hergestellt.

Ver. Staaten erwarten 2 Milliarden Defizit.

Washington. — Eine weitere Erhöhung des Regierungsdefizits brachte die Kongreßführer erneut dazu, sich mit den bereits gemachten Steuervorschlägen zu befassen.

Das Bundesschatzamt meldete am Tage des 15. Dezember ein Defizit von $1,252,631,150. Da das Fiskaljahr der Regierung noch nicht einmal halb vorüber ist, deutet alles darauf hin, daß bis zum 30. Juni nächsten Jahres ein Defizit von $2,000,000,000 vorhanden sein wird.

Hitler sollte verhaftet werden.

Berlin. — Als die Zeitungskorrespondenten in Hitlers Hotel vorsprachen, um den ihnen versprochenen offenen Brief an Reichskanzler Brüning in Empfang zu nehmen, machten sie die Entdeckung, daß der Führer der Nationalsozialisten ohne eine Erklärung seiner plötzlichen Abreise nach München gefahren ist.

Obwohl es sich nicht offiziell bestätigen ließ, wurde in Erfahrung gebracht, daß die Polizei Hitler wegen Verletzung des „Weihnachtsfriedens" verhaften wollte, wenn er nochmals ausländische Zeitungs-Korrespondenten empfangen sollte.

Motta wieder Schweizer Bundespräsident.

Bern, Schweiz. — Dr. Giuseppe Motta wurde von der Bundesversammlung, die sich aus den beiden Häusern des schweizerischen Parlaments, Ständerat und Nationalrat, zusammensetzt, zum Präsidenten der Schweizer Eidgenossenschaft erkoren. Es ist dieses das vierte Mal, daß Dr. Motta auf diesen hohen Posten gestellt wird. Er hatte das Amt bereits in den Jahren 1915, 1920 und 1927 inne. Herr Motta wird am 27. Dezember 60 Jahre alt.

In der Schweiz bildet der Bundesrat die Exekutive der Republik. Ihm gehören sieben Mitglieder an, die von der Bundesversammlung für einen dreijährigen Termin erwählt werden. Aus der Mitte dieser sieben wird, gleichfalls von der Bundesversammlung, ein Präsident und ein Vize-Präsident auf die Dauer eines Jahres erkoren. Der Vize-Präsident tritt nach Ablauf des Jahres beinahe automatisch in die Präsidentschaft ein, welch letzterer die Vertretung der Eidgenossenschaft Präsidentschaft ein, welch letzterem Mitglieder des Bundesrats teilen sich in die verschiedenen Ressorts der Bundesgeschäfte.

Hoover-Moratorium bestätigt.

Washington. — Das amerikanische Repräsentantenhaus genehmigte mit 317 gegen 100 Stimmen das vielumstrittene Hoover-Moratorium.

Ein Zusatz zu der Entschließung besagt, daß das Haus jeder Streichung oder Herabsetzung der europäischen Kriegsschulden an Amerika opponiere.

Die Administration hatte vorgeschlagen, die Frage der Revision der Kriegsschulden getrennt von jener des Moratoriums zu behandeln.

Die Abstimmung erfolgte nach langen scharfen Debatten.

Innerer Kampf in der Bolschewistenpartei.

Moskau. — Der innere Kampf in der kommunistischen Partei gegen solche, die sich den bestehenden Parteibestimmungen nicht anpassen wollen, brach jüngst aufs Neue aus, nachdem lange eine Art Waffenstillstand geherrscht hatte. Anatole Slotzky, der einen Geschichtsartikel schrieb, durch welchen Josephus Stalin zu einem bitteren Ausbruch gegen „faulen Liberalismus" und „verhüllten Trotzkyismus" innerhalb der Partei veranlaßt worden war, wurde aus der Partei ausgestoßen. Die formelle Klage gegen ihn besagte, daß er „Trotzky-Propaganda in die Parteiliteratur eingeschmuggelt habe."

Hitlers Antwort an Brüning

Nationalsozialistischer Führer betont die Legalität und den Freiheitswillen seiner Bewegung.

Berlin. — Der Aeltestenrat des Reichstages hat einen gemeinsamen Antrag der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Volkspartei und der Kommunisten auf Einberufung des Reichstages mit 321 gegen 256 Stimmen abgelehnt.

Adolf Hitlers 10 Seiten umfassende Antwort auf Reichskanzler Brünings Radio-Rede ist in Form eines offenen Briefes erschienen, in dem der Führer der Nationalsozialisten der gegenwärtigen Reichsregierung vorwirft, daß sie eine Politik der Illusionen betreibt.

Der Brief wiederholt, daß die Nationalsozialisten die Erlangung der Macht anstreben, prophezeit den schließlichen Sieg der Partei und erklärt,

daß die Hitlerbewegung legitimer Art ist.

„Was Sie, Herr Reichskanzler, verlangen," schreibt Hitler, „ist, daß es überhaupt keine Opposition geben soll. Die Anwendung der Polizeigewalt kann natürlich Rede und Schrift unterdrücken. Das kann jedoch nur geduldet werden, wenn eine Regierung große Erfolge erringt. Wenn wir nicht reden sollen, warum geben Sie uns nicht die Macht? Wir werden dann zu reden aufhören und ans Werk gehen."

Mit Bezug auf die von Brüning erhobene Beschuldigung, daß die nationalsozialistische Bewegung illegal sei, erwidert Hitler:

„Das einzige, was an unserer Bewegung illegal ist, sind die „Agents provocateurs." Wir können beweisen, daß die Regierung selbst diese Agenten in unsere Partei hineinsetzt. Während des verflossenen Jahres sind 15 Nationalsozialisten getötet und 4000 verletzt worden."

Mit Bezug auf die Legalität seiner Bewegung sagt Hitler unter anderem weiter: „Wenn die deutsche Nation den Nationalsozialisten den Auftrag gibt, die Verfassung zu ändern, so kann selbst der Reichskanzler nichts dagegen tun."

Hitler betont, daß seine Partei sich weigere

Deutschland an den Bolschewismus auszuliefern.

Ihrem Geiste nach sei sie eine Freiheitspartei.

„Viele ehemalige Soldaten sind in ihren Reihen," schreibt der Nationalsozialisten-Führer. „Sie kennen den Krieg, wünschen aber lieber ihr Leben zu lassen als die Freiheit weiter entbehren. Wenn Sie diesen Geist zu töten versuchen, unterzeichnen Sie das Todesurteil der deutschen Nation."

„Deutschlands Rettung müßte zuerst in politischer Beziehung durchgeführt werden," führt Hitler fort. „Erst in zweiter Linie kommt die wirtschaftliche Frage. „Sie können nicht den Geldbeutel einer Nation kurieren" und ihre Seele unberücksichtigt lassen," heißt es weiter. „Ulere Ehre ist uns genommen worden und dennoch sprechen Sie von nichts als Wirtschaftsfragen." Von der kürzlich erlassenen Notverordnung sagt Hitler, daß sie vieles enthalte, was vordem als „nationalsozialistische Verrücktheit" bezeichnet worden sei.

Zum Schluß beschuldigt Hitler die Reichsregierung, die Rolle eines Strauches zu spielen, der den Kopf im Sande versteckt."

„Selbst diese letzte Notverordnung", sagt er, „wird für Deutschlands Rettung nur eine ganz unbeabsichtigte Wirkung haben — sie wird

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Zwei Personen bei Zusammenstoß in Oesterreich getötet.

Wien. — In Voitberg im südlichen Oesterreich wurden zwei Personen getötet und sechs verletzt, als Sozialisten mit Gendarmen zusammenstießen, die eine Razzia auf das Büro des Bürgermeisters ausgeführt und dabei 200 Handgranaten erbeutet hatten. Die Razzia erfolgte als die Sozialisten gerade eine Massenversammlung veranstalteten.

Japaner setzen sich in Mandschurei fest

Wirtschaftliche Durchdringung macht große Fortschritte.

Mukden. — Eine Abteilung von 200 japanischen Soldaten hat nach scharfem Kampfe 10,000 chinesische Freischärler aus dem Dorfe Machiatsai, östlich von Tieling, vertrieben. Die dicken Erdwälle und die befestigten Blockhäuser des Ortes behinderten den japanischen Angriff. Vierunddreißig Chinesen wurden getötet und zwei gefangen genommen. Die Verluste der Japaner betrugen fünf Tote und acht Verwundete. Das Gefecht fand in bitterer Kälte statt.

Im Rücken der Armee von General Hanjo wird ein „Aufräumungs-Korps" herangebracht, das den größtenteils erfolgreichen Versuch macht, die japanische Kontrolle über die größeren Wirtschaftsinteressen in der Südmandschurei zu festigen.

In den Provinzen Fengtien und Kirin sind bereits japanische Berater in wichtigen wirtschaftlichen und politischen Positionen untergebracht worden. Wenn die gleichen Maßnahmen auch in der Provinz Heilungkiang noch nicht durchgeführt worden sind, so dehnt sich die japanische Kontrolle jedoch nach Norden und Westen immer weiter aus.

Schon vor der Besetzung hatte Japan durch die Südmandschurische Bahn eine dominierende Stellung inne. Diese ist nunmehr durch die Uebernahme von chinesischen Eisenbahnen erweitert worden, an denen Japan ein finanzielles Interesse hat. Unter diesen sind die Linien von Kirin, Changchun, Siupingkai und Angangchi. Die Japaner halten ihre Oberaufsicht aber auch auf rein chinesische Linien zwischen Mukden, Hailungkiang und Kirin ausgedehnt, sodaß nur noch die Strecke Mukden—Peking mit ihren Zweigen und die Linien von Tahushan und Tunaliao außerhalb des japanischen Netzes bleiben.

Die Japaner haben in der Südmandschurei auch bereits den Ausbau eines Monopols für Elektrizität begonnen. Sie haben die Kontrolle großer Finanzhäuser, reicher Grubenbesitzungen und wichtiger Handels- und Industrie-Interesse an sich gerissen, die früher durch die Banken des abgesetzten Gouverneurs Chang Hsueh Liang kontrolliert wurden.

Schweiz kündigt Handelsvertrag mit Deutschland.

Bern, Schweiz. — Der Bundesrat beschloß ab 4. Februar 1932 den Sonder-Handelsvertrag mit Deutschland aufzuheben. Beratungen über eine Verlängerung des Vertrages waren seit mehreren Monaten im Gange führten jedoch zu keiner Einigung.

Die Ausfuhr von Deutschland nach der Schweiz hat sich mehr als verdoppelt, während die Ausfuhr aus der Schweiz nach Deutschland um die Hälfte zurückging. Schweizer Geschäftsleute beschuldigten Deutschland der „Preisdrückerei".

300 Chinesen umgekommen.

Schanghai, China. — Bei der Explosion und dem Brande des 40 Jahre alten, kleinen Dampfers „Ta Te" auf dem Jangtse Fluß sollen 300 Chinesen umgekommen sein.

Ueberlebende brachten die Nachricht nach hier, daß die Kessel des 600 Passagiere führenden Dampfers explodierten. Viele Leute sprangen in das eisige Wasser und ertranken, während andere in den Innenräumen eingeschlossen waren und in den Flammen umkamen.

Bank von Frankreich schwer geschädigt.

Paris. — Die Deputiertenkammer stimmte dem Vorschlag der Regierung, die Bank von Frankreich für Verluste zu entschädigen, die sie infolge der Aufhebung des britischen Goldstandards erlitt, mit 321 gegen 249 Stimmen zu. Es handelt sich um ungefähr hundert Millionen Dollars. Auch wurde Ministerpräsident Laval seitens der Kammer ein Vertrauensvotum zuteil.

Das Stimmenverhältnis war 370:271. Der Abstimmung ging eine lange Debatte voraus.

Ausdehnung des Hoover-Moratoriums?

Man rechnet in London damit, daß Deutschland keine Reparationen mehr bezahlen wird.

London. — Britische Finanzkreise und die britische Presse scheinen der Ansicht zu sein, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen weitere Zahlungen auf die europäischen Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten, die sich auf rund 20 Milliarden Dollars belaufen, nicht mehr vorgenommen werden können. Finanzleute und Volkswirtschaftler stimmten mit den Zeitungen in der Ansicht überein, daß das Hoover-Moratorium verlängert und die Kriegsschulden revidiert werden müssen. Als Begründung dafür geben sie an, daß man

„aus einer Kohlrübe eben einfach kein Blut pressen kann."

Man ist der Ansicht, daß im Falle des Nichtflüssigwerdens kurzfristiger Anleihen in Deutschland die europäischen Gläubiger sich gezwungen sehen werden, um eine Verlängerung ihrer eigenen Verpflichtungen in Amerika nachzusuchen. Sollte jedoch Deutschland überhaupt keine Reparationen mehr bezahlen, so würde sich Frankreich weigern, Kriegsschulden an Amerika zu bezahlen, während andrerseits Großbritannien und Italien eben einfach nicht mehr in der Lage dazu wären.

Sir George Paish, ein bekannter britischer Volkswirtschaftler, führte z. B. an, daß Schulden nur in Waren, Leistungen oder Gold bezahlt werden können. Nur Frankreich ist in der Lage, in Gold zu bezahlen, während britische Waren und Leistungen in den Vereinigten Staaten infolge der Zollbeschränkungen so gut wie unverkäuflich sind. Er erklärte in einer kürzlichen Rede zu Manchester,

daß ein Zusammenbruch der Weltwirtschaft bevorstehe,

und erläuterte jene Erklärung in folgenden Worten: „Die Voraussage beruht auf offen zutage liegenden Beobachtungen und wird von vielen Sachverständigen als richtig anerkannt. Ich bezog mich auf einen Vollständigen Zusammenbruch der Kreditstruktur, ohne die das Weltwirtschaftssystem gelähmt ist." Er trat für eine Weltwirtschaftskonferenz ein, die das ganze Problem einer gründlichen Betrachtung unterziehen sollte, um „den Leiden weiterer Millionen von Menschen vorzubeugen." Dann fuhr er fort: „Ich befürchte jedoch, daß die Welt zu einer derartigen Konferenz noch nicht bereit ist, da die einzelnen das Stadium noch nicht erreichten, in dem es ihnen klar wurde, daß das eigene Interesse am besten durch internationales Zusammenarbeiten gefördert wird."

Die allgemeine britische Haltung wurde am besten in den folgenden Sätzen des „Spectator" ausgedrückt: „Wenn Deutschland mit der Bezahlung der Reparationen ganz aufhört, was zweifellos der Fall sein wird, dann ist es unmöglich, daß Großbritannien, Frankreich, Italien oder irgend eine andere Nation ihre Schulden auf der gegenwärtigen Basis bezahlen können. Auch dann wäre es so gut wie unmöglich, wenn Amerika sich bereit erklären würde, die Zahlungen in Waren anzunehmen.

Deutschland erzeugt sein eigenes Benzin.

Berlin, 17. Dez. (Eigenmeldung). In Hannover wurde die Crackoil Gesellschaft zwecks Errichtung von Raffinerien nach dem deutschen Carbunolverfahren gegründet. Es wird beabsichtigt, in Hannover 100,000 Morgen Land für Bohrzwecke zu erwerben. Die Errichtung der Crackanlagen dürfte drei Millionen Reichsmark verschlingen.